

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 14.02.2012

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:12 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 18:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar
Herr Carsten Krumhöfner
Herr Hartmut Meichsner stellv. Vorsitzender
Herr Holger Nolte
Herr Frank Strothmann

SPD

Frau Dorothea Brinkmann
Frau Regina
Klemme-Linnenbrügger
Herr Marcus Lufen
Herr Hans-Werner Plaßmann
Herr Jörg Rodermund

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn
Herr Priv.-Doz. Dr. Jörg van Norden Vorsitzender

BfB

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

FDP

Frau Jasmin Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz beratendes Mitglied gem.
§ 58 Abs. 1, 11 GO

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath Seniorenrat
Herr Cemil Yildirim Integrationsrat

Verwaltung:

Frau Anja Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Frau Bettina Branke	Umweltamt
Frau Birgit Reher	Umweltamt
Herr Arnt Becker	Umweltamt
Herr Bernd Reidel	Umweltamt
Herr Volker Walkenhorst	Stab Dezernat 3

Schriftführung:

Frau Katrin Köppe	Umweltamt
-------------------	-----------

Gäste:

Herr Dr. Günter Bockwinkel	NZO GmbH
Herr Daniel Gruening	NZO GmbH

Zuhörerin und Zuhörer in nichtöffentlicher Sitzung:

Frau Claudia Heidsiek	B 90/Die Grünen, stellv. Ausschussmitglied
Herr Bernd Vollmer	Die Linke, stellv. Ausschussmitglied

Nicht anwesend:Beratende Mitglieder:

Herr Jürgen Heuer	Seniorenrat
-------------------	-------------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung

Der Vorsitzende Herr PD Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Als Gäste begrüßt er Herrn Dr. Bockwinkel und Herrn Gruening, NZO GmbH, die in der heutigen Sitzung zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie berichten.

Er stellt fest, dass es zur Tagesordnung des öffentlichen Teils keine Änderungen gibt.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 17.01.2012

Herr Hahn weist darauf hin, dass der Inhalt des drittletzten Absatzes auf Seite 11 der Niederschrift nicht Gegenstand seiner Frage war. Es handele sich hierbei um die Antwort von Herrn Wörmann, was jedoch nicht deutlich werde. Somit sei zu Beginn des genannten Absatzes zu ergänzen: „Herr Wörmann teilt folgendes mit.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 17.01.2012 (Nr. 19) wird unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderung nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Vereinsgründung: „Kommunen für Biologische Vielfalt“

Frau Ritschel teilt mit, dass der Verein am 01.02.2012 im Rahmen einer Gründungsveranstaltung in Frankfurt/Main gegründet worden sei. Insgesamt haben sich 60 Kommunen an dem Bündnis beteiligt. Es seien sowohl große als auch kleinere Städte Mitglied des Vereins geworden, u.a. unsere Nachbarstadt Gütersloh und die Stadt Frankfurt/Main. Sie selbst sei im Vorstand des Vereins vertreten.

Als erste öffentlichkeitswirksame Aktion in Bielefeld organisiere das Umweltamt die Sternwanderung für die biologische Vielfalt am 03.06.2012. Im Rahmen des Wandertages werden verschiedene Wanderrouten angeboten, die alle auf dem neu gestalteten Johannisberg

enden. Der Flyer zur Aktion sei an die Mitglieder verteilt worden.
Informationsvorlage „Checkliste für energieeffiziente Siedlungen in Bielefeld“

Frau Ritschel teilt mit, dass die Informationsvorlage mit der Drucksachen-Nr. 3432/2009-2014, die in der Januar-Sitzung des StEA behandelt worden sei, vor der Sitzung an die Mitglieder zur Kenntnis verteilt wurde. Die Vorlage behandelt das Thema energieeffizientes Bauen und sei daher auch für die Mitglieder des AfUK interessant.

Bau eines Windrades im Vorranggebiet Brönninghausen

Herr Wörmann teilt mit, dass die Stadtwerke Bielefeld beim Umweltamt einen Antrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz auf Errichtung einer Windenergieanlage in der im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Vorrangfläche in Brönninghausen gestellt hätten. Die Anlage soll eine elektrische Nennleistung von 2300 kW haben; die geplante Nabenhöhe betrage 108 m und der Rotordurchmesser 82 m. Der Baubeginn sei für 2012 vorgesehen. Mit der Realisierung sei diese Vorrangfläche ausgelastet. Weitere Standorte für Windräder werden derzeit von der Verwaltung überprüft. Herr Wörmann kündigt hierzu eine Information in der nächsten oder übernächsten Sitzung des AfUK an.

DiscGolf

Herr Wörmann knüpft an die Beratungen über Möglichkeiten zu Freizeitnutzungen im Gebiet Obersee/Johannisbachaue an und bezieht sich auf eine Mitteilung in der örtlichen Presse am 01.02. über eine geplante Veranstaltung am 31.03. und 01.04.2012 auf den Wiesen nördlich des Seekrugs. An diesen Tagen soll „DiscGolf“ als weitgehend unbekannte Sportart präsentiert werden. Dabei seien auf mehreren Bahnen Scheiben mit möglichst wenigen Würfeln in Fangkörbe abzuwerfen. Bauliche Anlagen seien nicht erforderlich. Die Veranstaltung werde mit dem UWB abgestimmt und vom Umweltamt genehmigt. Falls die Sportart in Bielefeld großen Zuspruch finde, und eine Fläche für regelmäßiges Spielen gesucht werde, würden die zuständigen Gremien beteiligt.

Ein Prospekt zum Scheibensport wird zur Information herungereicht.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3

Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

Zu Punkt 4

Behandlung der unerledigten Punkte der letzten

Tagesordnungen

keine

-.-.-

Zu Punkt 5**Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 6**Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie - Aufstellung des Umsetzungsfahrplanes für die Stadt Bielefeld****Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 3593/2009-2014

Herr Wörmann führt in das Thema ein. Hierbei erläutert er, dass entsprechend der ursprünglichen Planungen des Landes ein guter ökologischer Zustand der Gewässer bis 2015 erreicht werden sollte. Mittlerweile sei der Zeitraum bis 2027 ausgeweitet worden, so dass sich die Kosten auf einen langen Zeitraum verteilen. Die Durchführung von Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung sei nicht neu. Die Stadt Bielefeld habe bereits in den letzten Jahren eine Vielzahl von Maßnahmen realisiert. Die Durchführung der im Umsetzungsfahrplan dargestellten Maßnahmen hänge im Wesentlichen von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln, den Zuschüssen und dem vorhandenen Personal ab.

Die Vorberatungen in den Bezirksvertretungen seien zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Ergebnisse seien vor der Sitzung an die Anwesenden verteilt worden.

Herr Dr. Bockwinkel, NZO GmbH, berichtet zur Vorlage.

Hierbei gibt er zunächst eine kurze Übersicht über die Fließgewässer nördlich und südlich des Teutoburger Waldes in Bielefeld, von denen ca. 160 km als berichtspflichtige Fließgewässer festgesetzt sind. Die Untersuchung der natürlichen und der erheblich veränderten Gewässer habe zu dem Ergebnis geführt, dass eine Verbesserung der Gewässerstrukturen dringend notwendig sei. Ein weiteres großes Problem sei die mangelnde Gewässerdurchlässigkeit durch eine Vielzahl von Querbauwerken. Die Herstellung der Durchgängigkeit sei daher von hoher Priorität. Diese Ziele könnten durch eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen, z. B. durch eine Wiederanbindung der Aue, eine Laufverlängerung und Sohlhebung, die Anlage bzw. eigendynamische Entwicklung einer Sekundäraue, den Rückbau/Umbau eines Querbauwerkes bzw. Optimierung eines Umgehungsgerinnes/Fischpasses erreicht werden. Herr Dr. Bockwinkel zeigt im Rahmen einer Folienpräsentation Fotos von einzelnen in der Vergangenheit umgesetzten Maßnahmen.

Er erläutert, dass für jedes in Frage kommende Gewässer ein Gewässersteckbrief erstellt worden sei, in dem die geplanten Maßnahmen und die damit verfolgten Ziele dargestellt sind. Die

Gewässersteckbriefe seien auf der Homepage der Stadt Bielefeld einsehbar.

Im Stadtgebiet seien insgesamt 54 Strahlursprünge und 25 sogenannte Trittsteine geplant. Auf einer Länge von 10,2 km sei eine Umsetzung von Maßnahmen aus verschiedenen Gründen nicht möglich (Degradationsstrecken). Die einzelnen Planungen seien zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht ausführungsfähig und die Maßnahmendarstellung nicht parzellenscharf. So bestehe jetzt noch eine hohe Flexibilität bei der konkreten Verortung, da bei einer Umsetzung berücksichtigt werden müsse, ob die Flächen tatsächlich verfügbar sind.

Auf der Basis der bis 2009 durchgeführten Maßnahmen werde nun in Abstimmung mit dem Umweltamt eine zeitliche Priorisierung bis 2027 vorgenommen, wobei die Herstellung der Durchgängigkeit bis 2018 Vorrang haben soll.

Die Kostenschätzung sei derzeit in Arbeit. Hierbei würden die Maßnahmekosten anhand von Pauschalpreisen ermittelt. Kosten für den Grunderwerb würden gesondert ausgewertet und berechnet. Des Weiteren seien anteilige Kosten für die Vorbereitung, Planung und Bauleitung sowie für Vermessungsarbeiten, Teilung und Gebühren zu berücksichtigen. Die Gesamtsumme werde voraussichtlich bei etwa 25 bis 30 Mio. € liegen. Der Fördersatz des Landes liege i.d.R. bei 80 % der Maßnahmekosten.

Mehrere Mitglieder begrüßen den vorgestellten Maßnahmeplan; gleichzeitig äußern sie ihre Skepsis, dass die Umsetzung einer so großen Anzahl von Maßnahmen innerhalb der vorgegebenen Zeit tatsächlich erfolgen wird.

Herr Lufen fragt, wie viel Geld das Land tatsächlich für die Maßnahmen bereit stellt. Zum Bewertungsparameter „Fische“ bittet er um Erläuterung, aus welchem Grund häufig keine Bewertung vorgenommen worden sei bzw. warum der Bestand mit „schlecht“ bewertet worden sei.

Herr Dr. Bockwinkel antwortet zum Fischbestand, dass die Erhebung auf dem Monitoringprogramm des Landes NRW basiere. Hierbei handle es sich um ein bundesweit standardisiertes Verfahren. Die Probestellen seien festgelegt; leider ergeben sich hierdurch große Lücken, so dass keine umfassenden Ergebnisse vorlägen. An einigen Messstellen seien tatsächlich schlechte Bestände ermittelt worden, was aber nicht repräsentativ sei.

Die Frage zu den Kosten könne er für die Zukunft nur schwierig beantworten. In der Vergangenheit habe der Ansatz des Landes ausgereicht.

Herr Becker berichtet über bisher durchgeführte Maßnahmen, die je Einzelmaßnahme von 100.000 bis über 200.000 € gekostet hätten. Für die neuen Maßnahmen an der Stiftsmühle und am Moorbach liegen die Baukosten voraussichtlich bei jeweils über 200.000 €.

Herr Lufen bezweifelt, dass das Geld zur Umsetzung der Maßnahmen tatsächlich zur Verfügung stehe. Er bittet um eine Aufstellung der Investitionen der letzten drei und der kommenden drei Jahre.

Herr Schmelz regt an, einzelne kleinere Maßnahmen durch bürgerschaftliches Engagement umzusetzen.

Auf den Hinweis von Herrn Kleinesdar, dass die Fischereigenossenschaft nicht zum Arbeitskreis der Fachöffentlichkeit eingeladen worden sei, teilt Herr Wörmann mit, dass der Landesfischereiverband Westfalen-Lippe und die Interessengemeinschaft der Bielefelder Sportfischereivereine eingeladen worden seien. Diese seien gebeten worden, die Einladung an ihre untergeordneten Organisationen weiterzugeben.

Herr Wörmann kündigt für die nächste Sitzung eine weitere Vorlage an, aus der die Kostenschätzung und die bis dahin erarbeitete Prioritätenliste hervor gehe.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der AfUK nimmt den Zwischenstand zur Kenntnis und bittet um Vorlage des bei der BR Detmold einzureichenden Umsetzungsfahrplanes nach Abschluss des Beteiligungsprozesses und nach Fertigstellung der Prioritätenliste und der Kostenschätzung.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 7

Bericht zum internen Audit European Energy Award (eea®)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3606/2009-2014

Frau Ritschel erinnert daran, dass die Stadt Bielefeld erstmals im Jahr 2010 die Auszeichnung in „Gold“ erhalten habe. Dieses bedeute eine große Herausforderung für die Zukunft, die bisherigen Erfolge zu wiederholen. Sie begrüßt Frau Reher, Umweltamt, die für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung steht.

Herr Hahn fragt zum auf Seite 17 dargestellten Handlungsfeld Kommunikation, aus welchem Grund die „Wahrnehmung politischer Interessen“ nur 50 % der möglichen Punkte erzielt habe.

Frau Reher antwortet, dass es bei diesem Punkt im Wesentlichen um die Beantwortung von Anfragen u.a. des Landes, Bundes oder Organisationen wie dem Städtetag gegangen sei und nicht um eine aktive Beteiligung der Politik vor Ort.

Herr Schmelz merkt zum auf Seite 9 dargestellten Profil an, dass die kommunalen Gebäuden und Anlagen mit 55 % der möglichen Punkte sich ungünstig darstellten. Er bedauert, dass das neue technische Rathaus nicht als Null-Energie-Haus konzipiert worden sei.

Herr Lufen fragt, wann mit einer Beantwortung seiner Anfrage zur

autarken Energieversorgung städtischer Gebäude aus einer der letzten Sitzungen zu rechnen sei.

Herr Wörmann teilt mit, dass der ISB derzeit verschiedene Objekte prüfen würde. Das Ergebnis werde in der nächsten oder übernächsten Sitzung vorgestellt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Teilnahme der Stadt Bielefeld am bundesweiten Städtewettbewerb "Stadtradeln" des Klima-Bündnisses

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3586/2009-2014

Frau Ritschel stellt die Aktion vor. Sie teilt mit, dass das „Stadtradeln“ mit einem geringen Aufwand realisiert werden könne. Im letzten Jahr habe die Stadt Dresden den Wettbewerb für sich entschieden. Vielleicht wecke dieses auch bei den Bielefelder Bürgern den Ehrgeiz, sich aktiv zu beteiligen. Sie wünsche sich eine breite Teilnahme, bei der auch der Spaßfaktor nicht unterschätzt werden solle.

Herr Nolte teilt für die CDU-Fraktion mit, dass der Vorschlag abgelehnt werde. Seiner Meinung nach gehörten die Daten über mit dem Fahrrad gefahrene Kilometer von Einzelpersonen und insbesondere Kommunalpolitikern nicht ins Internet. Er kritisiert, dass hier Bewegungsprofile im Netz erstellt würden. Im Übrigen könne er nicht befürworten, dass Geld und Zeit für Spaßveranstaltungen investiert würden.

Herr Lufen befürwortet die Maßnahme. Leider fehle ihm eine Aussage zur Elektromobilität, die aus seiner Sicht dazu gehöre.

Herr von Spiegel bemängelt die fehlenden Radwege an seinem Wohnort. Er möchte beantragen, dass in seiner Nachbarschaft ein Radweg gebaut werde; dann werde auch er auf das Fahrrad umsteigen.

Der Vorsitzende weist den Antrag von Herrn von Spiegel zurück, da der Antrag zuständigkeitshalber in der BV Senne bzw. im Stadtentwicklungsausschuss gestellt werden müsse.

Auf die Bitte von Frau Klemme-Linnenbrügger erläutert Herr Reidel den finanziellen Rahmen der Aktion: Das Material werde teilweise vom Klimabündnis kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Stadt Bielefeld würden lediglich Kosten für Plakate und Flyer in Höhe von ca. 850 € entstehen. Eine Mitarbeiterin des Umweltamtes betreue die Aktion. Der Arbeitsaufwand hierfür sei relativ gering. Es handele sich um eine projektbezogene Stelle, die für die Umsetzung des vom Rat beschlossenen Handlungsprogramms Klimaschutz eingerichtet worden ist und seitens des BMU zu 80 % gefördert werde.

Zu den vorgetragenen Datenschutzbedenken teilt Frau Ritschel mit, dass sie diese nicht nachvollziehen könne. Bei der Erfassung im Internet würden nicht die einzelnen Wege eingegeben sondern lediglich die gefahrenen Kilometer. Hierbei sei es auch möglich, die Daten als Gruppe ohne Nennung von Namen zu erfassen. Ziel sei es, das Thema Radverkehr in den Fokus zu rücken und dadurch mehr Personen zum Rad Fahren zu bringen.

Herr Meichsner bittet darum, auch die Personalkosten zu berücksichtigen. Aus der Vorlage gehe hervor, dass neben dem Umweltamt auch das Amt für Verkehr mit der Aktion betraut sei, so dass sich mindestens zwei städtische Mitarbeiter mit der Angelegenheit befassen.

Herr Reidel teilt mit, dass die Aktion in Kooperation mit dem Amt für Verkehr durchgeführt werde. Zu den Aufgaben des dort beschäftigten Fahrradbeauftragten gehörten derartige Aktionen. Das Projekt binde bei ihm aber keine nennenswerten Ressourcen.

Auf Antrag von Wahl-Schwentker wird die Sitzung von 18:35 bis 18:40 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung meint Herr Schmelz, dass die Diskussion inzwischen groteske Züge angenommen habe. Das Fahrrad sei ein wichtiger Bestandteil der Mobilität; daher solle dafür geworben werden, dieses auch verstärkt zu nutzen.

Sodann lässt der Vorsitzende über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt die Anmeldung der Stadt Bielefeld am bundesweiten Wettbewerb „Stadtradeln“ für das Jahr 2012 und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Aktion. Der Rat der Stadt Bielefeld begrüßt eine rege Teilnahme der Bielefelder Bürgerinnen und Bürger und wünscht gleichermaßen eine Beteiligung der gewählten politischen Vertreterinnen und Vertreter.

Dafür: 8 Stimmen
Dagegen: 7 Stimmen
Enthaltungen: keine

- somit mit Mehrheit beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

keine

Der Vorsitzende Herr PD Dr. van Norden stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.